

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tagesblatt Riesa
Ferien Nr. 20.
Postfach Nr. 82.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa bestim�mte Blatt.

Verlagsamt
Riesa Nr. 82.

Nr. 76.

Freitag, 1. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewöhr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 69 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festsätze, Bemittelte Rabatte erteilt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Zahlungsbedingungen: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die amtliche Kandidatenliste für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 1. April.
Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ist gestern nach 12 Uhr abgelaufen. Es sind drei Wahlvorschläge, nämlich: von Hindenburg, Hitler und Thälmann eingereicht worden, die vom Reichswahlleiter zugelassen worden sind.

Im Geiste Bismarcks.

Eine notwendige Betrachtung zum 1. April.
Kann ein Monat, in dessen Schoß zwei Entscheidungen von höchster politischer Bedeutung beschlossen liegen, ein günstigeres und gleichzeitig verpflichtenderes Vorzeichen tragen, als den überzeitlichen und mythologischen Namen Bismarcks, dessen Geburtsdatum auf den 1. April fällt? Am 10. April wählt sich das deutsche Volk endgültig seinen Reichspräsidenten und am 24. April treten fast zwei Drittel des deutschen Volkes an die Wahlurne, um sich ihre Vönderparlamente zu wählen. Von besonderer Bedeutung ist die Wahl im größten deutschen Freistaat, in Preußen. „Preußen ist das Reich!“, so werden es, wie bei jeder Preußenwahl, auch diesmal wieder die Plakate und Flugblätter hinaus ins Land schreien. Und wenn auch, zumal kulturell, Preußen zwar keineswegs mit dem Reich und der gesamtdeutschen Vielfalt seiner Stämme gleichgesetzt werden kann, so wird sich dennoch der Wahlausgang in Preußen von allergrößtem Einfluß auf den künftigen Kurs der Reichspolitik erweisen. Auf den ersten Blick hin ist der innenpolitische Horizont Deutschlands immer noch trübselig und trübe. Aber auch hier gibt es zwei Möglichkeiten, politische Gegenwartserscheinungen zu werten. „Der Parteigeist ist es, den ich anlage, wenn alles, was unter Opfern und Mühen erreicht wurde, schändlich wieder eingerissen wird.“ Der Parteigeist ist es, der letzten Endes die Verantwortung dafür trägt, daß am 10. April nicht alle deutschen Männer und Frauen, die sich mit Bewußtheit zur deutschen Volksgemeinschaft bekennen, dem ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg ihre Stimme geben, sondern daß auch hier in einer Probe, in welcher gefühlsmäßig alle Deutschen einig sein sollten, Zersplittertheit und Zerissenheit herrscht. Im Geiste Bismarcks, der in der Richtung auf ein hohes Ziel feste und stappweise verwirklichte Realpolitik trieb, liegt der überflüssige Wahlgang des 10. April bestimmt nicht.

Der Wahlgang des 24. April dagegen entspricht einer tiefen politischen Notwendigkeit. Demokratie ist, richtig verstanden, die Anteilnahme und Verantwortlichmachung des Volkes an seinem Schicksal.

Die Vönderparlamente spiegeln die Volksmeinung in keiner Weise mehr wider. Man kann politische Tatsachen nicht dadurch aus der Welt schaffen, indem man die Augen vor der Wirklichkeit verschließt. Die einen, die pessimistischen Betrachter, nennen diese Wirklichkeit eine unheilvolle Radikalisierung. Wer an die Zukunft des deutschen Volkes glaubt, wird in der sogenannten Radikalisierung tiefere Anzeichen erblicken als Verärgerung und unfruchtbares Gezänk. Die Radikalisierung ist, vom Gedankengang Bismarcks her gesehen, nämlich keineswegs auf die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen beschränkt, sie geht vielmehr durch alle Parteien und Schichten des deutschen Volkes — bis auf die Kommunisten selbstverständlich, die sich zu einem außerdeutschen Ideale bekennen — mitten hindurch, und man sollte in ihr eher die Anzeichen einer wirklich umwählenden Nationalisierung sehen.

Das deutsche Volk erfüllte zweifellos so manches Mal in den letzten 14 Jahren nicht die Voraussetzung, von der allein eine erfolgreiche Staatspolitik ausgehen kann, nämlich eine geschlossene und zu seiner Selbstbehauptung bereitete Nation zu sein. Die Engländer und die Franzosen sind unter dem Zwange des Schicksals und dem Druck der Geschichte längst zu jenem Grade der nationalen Bewußtseinsgeschlossenheit herangereift, die sie einmütig und unter Zurückstellung aller Parteigegensätze gegen jede außenpolitische Bedrohung zusammenzutreten läßt.

Eine Feststellung im Geiste Bismarcks ist es, wenn man mit Verleumdung wahrnimmt, wie unter dem Einfluß der durch alle Parteien gehenden Nationalisierung das deutsche Volk wirklich geschlossen in der Reparationsfrage, in der Verteidigung Danzigs und des Memellandes, wie überhaupt dem Ausland gegenüber seinen einmütigen Willen bekundet.

Die Nationalisierung im positiven Sinne dieses Begriffes wird am 24. April sich durch das Wahlergebnis, besonders auch in Preußen, bekunden. Reichszankler Brüning, der an der Wende März-April das 3. Jahr seiner Kanzlerschaft beginnt, wird aus den Ergebnissen der Wahlen nicht umhin können, politische Folgerungen zu ziehen. Mögen auch sie im Geiste Bismarcks getroffen werden.

Frauenwahlrecht in Frankreich

Paris, 1. April. Die Kammer hat mit 446 gegen 60 Stimmen einen Antrag des Wahlrechtsauschusses angenommen, der den Frauen das allgemeine Wahlrecht für die Wahlen nach 1933 gewährt.

Der Aufmarsch für die Wahlen.

Um die Klärung des Verhältnisses Deutschnational — Nationalsozialisten.

Berlin. In einem dritten programmatischen Artikel im „Deutschen Schnellbrief“ befaßt sich der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg erneut mit dem Verhältnis zwischen der DNVP und den Nationalsozialisten unter dem Motto: „Wohin geht die Jugend?“ Er zitiert dabei den Brief eines Sohnes an seine Eltern, der nach zweijährigem Schwanken zwischen beiden Lagern erklärt, daß zwar die Verfallungen der NSDAP, packender, mitreißender und faszinierender seien, daß aber in der Geschichte noch immer der Kopf und nicht die Masse den Sieg davongetragen habe, daß schließlich die NSDAP, von vornherein sich mit den Deutschnationalen wohl oder übel zusammenschließen müsse.

Es ist die Aufgabe der bevorstehenden Landtagswahlen, so führt Hugenberg fort, einerseits dem laut Harzburger Postulat geeinten nationalen Deutschland die Macht in den Vöndern besonders in Preußen zu erodieren, andererseits neben 200 Nationalsozialisten 100 Deutschnationalen zu setzen. Dann kann Deutschlands Rettung nicht mißlingen. Es kommt nicht etwa darauf an, daß wir den Nationalsozialisten ihre Stimmen abnehmen und Verwirrung in ihre Reihen tragen. Aber es ist trotz mancher immer häufiger Warnungen dahin gekommen, daß zugunsten der Geener der gemeinsamen Sache die nationale Wiedergeburt unter den Ueberlebensbedingungen und Fehlern der Nationalsozialisten leidet. Wenn nicht Millionen von der Sorge vor dem beherrschenden Gewissen, was ein reines nationalsozialistisches Regiment bringen könnte, so hätten die Kandidaten der nationalen Opposition vier bis fünf Millionen Stimmen mehr, und Hindenburg ebenfalls weniger Stimmen erhalten. Wir sehen jetzt in einem schicksalsschweren Wahlkampf, in die Preußenwahl. Das darf man nicht mit einer Unerflichkeit auf den Lippen tun. Es doch zu tun, wäre sogar eine Dummheit in einem Augenblick, in dem der Partner, mit dem man einig sein möchte, überall in der Welt herumprahlt, daß er sich den Teufel um seinen Bundesgenossen kümmere, und daß dieser nur dazu da sei, ihm vorübergehend Vorkost zu leisten. Letzteres ist eine irriale Rechnung. Ich bin froh, daß die nationale Bewegung Hitlers so stark in Deutschland gemordet ist, daß Rote und Schwarze Angst davor bekommen haben. Aber nun kommt der zweite Teil der Aufgabe: Es geht nicht an, daß nunmehr alle diejenigen Angst vor der nationalen Bewegung bekommen, die zwar diese und ihren Sieg wollen, nicht aber Sozialismus und eine unüberlegte Politik. Dafür bedarf es einer Zusammenfassung aller darauf wartenden Kräfte.

Maßregelung im Stahlhelm.

Berlin. (Funkdruck.) Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Die nationalsozialistische Presse veröffentlicht einen Aufruf für Adolf Hitler, der auch von Herzog Karl Eduard von Coburg unterzeichnet ist. Der Inhalt dieses Aufrufes widerspricht der politischen Stellungnahme der Stahlhelmführung. Seine Unterzeichnung durch den

Der Besuch des österreichischen Vizkanzlers Wintler

In Berlin ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine nur halböffentliche Kelle hingestellt worden, die Vizkanzler Wintler in seiner Eigenschaft als Landbundführer unternehmen hat. Davon kann nach unseren Informationen selbstverständlich keine Rede sein. Trophem ist zuzugeden, daß der Besuch aus Wien von dem Schatten der Donaukonferenz der Großmächte etwas verdunkelt worden ist. Die Abgabe, die der Landwirtschaftsminister Dollfuß, der auch mit nach Berlin reisen wollte, im letzten Augenblick erteilen mußte, wird in politischen Kreisen mit der Rücksichtnahme auf die Besprechungen der Großmächte erklärt. Man legte nicht nur in Wien, sondern wohl auch in Berlin einen gewissen Wert darauf, die Londoner Vorkonferenz und die sich daran anschließenden Verhandlungen in Geni nicht durch vorzeitige Vereinbarungen zu stören. Der Wechsel, den die deutsche Regierung in ihrem bekannten Angebot an Oesterreich ausgestellt hat, kann vor einer Klärung der internationalen Lage kaum eingelebt werden. Deshalb ist es im Augenblick nicht aktuell, im einzelnen die Möglichkeiten der Abnahme von österreichischem Rindvieh, Holz und anderen Dingen durchzuprüfen. Der Lösung dieser Fragen würde aber hauptsächlich eine Reise des österreichischen Landwirtschaftsministers nach Berlin gedient haben. Die Besprechungen, die Vizkanzler Wintler in Berlin führte, waren nach unseren Informationen so eingeleitet, daß am Donnerstag in Verhandlungen mit Ministerialdirektor Ritter hauptsächlich einige Fragen des kleinen Grenzverkehrs durchgesprochen wurden, die zu Verhandlungen Anlaß gegeben hätten. Es handelte sich dabei um die Witaahme von Lebensmitteln und leicht verderblichen Waren bei der täglichen Grenzüberschreitung. Hier waren an der österreichisch-bayerischen Grenze vor allem gewisse Schmierereien entstanden, die sich auch beim Fremdenverkehr unliebsam bemerkbar gemacht haben. Am Freitag fanden Besprechungen zwischen dem öster-

Herzog von Coburg ist angeordnet, die einheitliche Politik des Stahlhelms zu schädigen. Die Bundesführer haben die nötigen Schritte eingeleitet.

Landvolk gegen Hugenberg

Berlin, 1. April.
Geheimrat Hugenberg hat, wie die „Landvolknachrichten“ schreiben, seinen bekannten Vorschlag, die bürgerlich-nationale Rechte bei den Preußenwahlen auf der Landesliste der Deutschnationalen zu vereinigen, in einem zweiten Artikel kommentiert und erläutert. In diesem zweiten Artikel sei, so bemerken die „Landvolknachrichten“, abgesehen von den Sammlungsbestrebungen, besonders bemerkenswert die angekündigte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und die Schärfe, mit der sich Geheimrat Hugenberg sachlich von seinen ehemaligen Harzburger Freunden absetzt. Hugenberg gebe so weit, daß er selbst von einem „neuen Harzburg der gemeinsamen politischen Arbeit“ spricht und damit offen zugibt, daß die alte Harzburger Front endgültig begraben ist.

Dr. Hugenberg dürfte inzwischen eingesehen haben, daß der ursprüngliche Weg, den er beschritten hat, zu seinem Ziel führen konnte. Er stellt deshalb jetzt die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus voran und kündigt bei der Gelegenheit Enthüllungen über die Vorgänge innerhalb der Harzburger Front an, die zweifellos zur Klärung der politischen Verhältnisse auf der Rechten beitragen dürften.

Weiter lagen die „Landvolknachrichten“: Durch wenn man jetzt den guten Willen zur Sammlung der bürgerlich-nationalen Rechten auf deutschnationaler Seite voraussetzen kann, so geht es doch nicht an, daraus wiederum ein Preisfleg der deutschnationalen Parteiführung zu machen und diejenigen, die man sammeln will, in die Rolle von Hospitanten zu verweisen. Eine Möglichkeit, daß der Vorschlag Hugenbergs noch während der Preußenwahl irgendwelche konkrete Formen annehmen könnte, sehen die „Landvolknachrichten“ noch in keiner Weise.

Keine Veröffentlichung des beschlagnahmten SA-Materials.

W Berlin. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird von zuständiger Stelle erklärt, daß eine Veröffentlichung von Schriftstücken des beschlagnahmten SA-Materials nicht beabsichtigt sei. Dieses werde die zuständigen Gerichte weitergeleitet werden. Wohl aber werde man Anfang nächster Woche eine Mitteilung über das Ergebnis der Untersuchung herausgeben.

Raubüberfall in einer Altonaer Bankfiliale.

Altona. (Funkdruck.) In die Depotkassette des Bauvereins für Schleswig-Holstein in Titenseen drangen heute vormittag drei bewaffnete Männer und bedrohten die anwesenden drei Bankbeamten und einen Kunden mit Revolvern. Den unerkannt entkommenen Tätern sind rund 8000 RM. in die Hände gefallen. Der Verlust ist, wie die Bank mitteilt, durch Versicherung gedeckt. Die Versicherungsgesellschaft hat für die Wiederherbeschaffung des Geldes 10 Prozent ausgesetzt.

Der Streit in Nordwestböhmen

Prag, 1. April. Die Zentralregierung im Brüger Revier erklärte bei den gestrigen Verhandlungen, daß trotz der Zurücknahme der Kündigungen der Streit mit voller Schärfe weitergeführt werde, so lange die von der Streitleitung gestellten Forderungen nicht erfüllt seien. Im Ministerium für Öffentliche Arbeiten fand gestern eine gemeinsame Beratung der Vertreter der Direktorenkonferenz des Ostrau-Karwiner Reviers und der Vertreter der Bergarbeiter-Gewerkschaften statt.